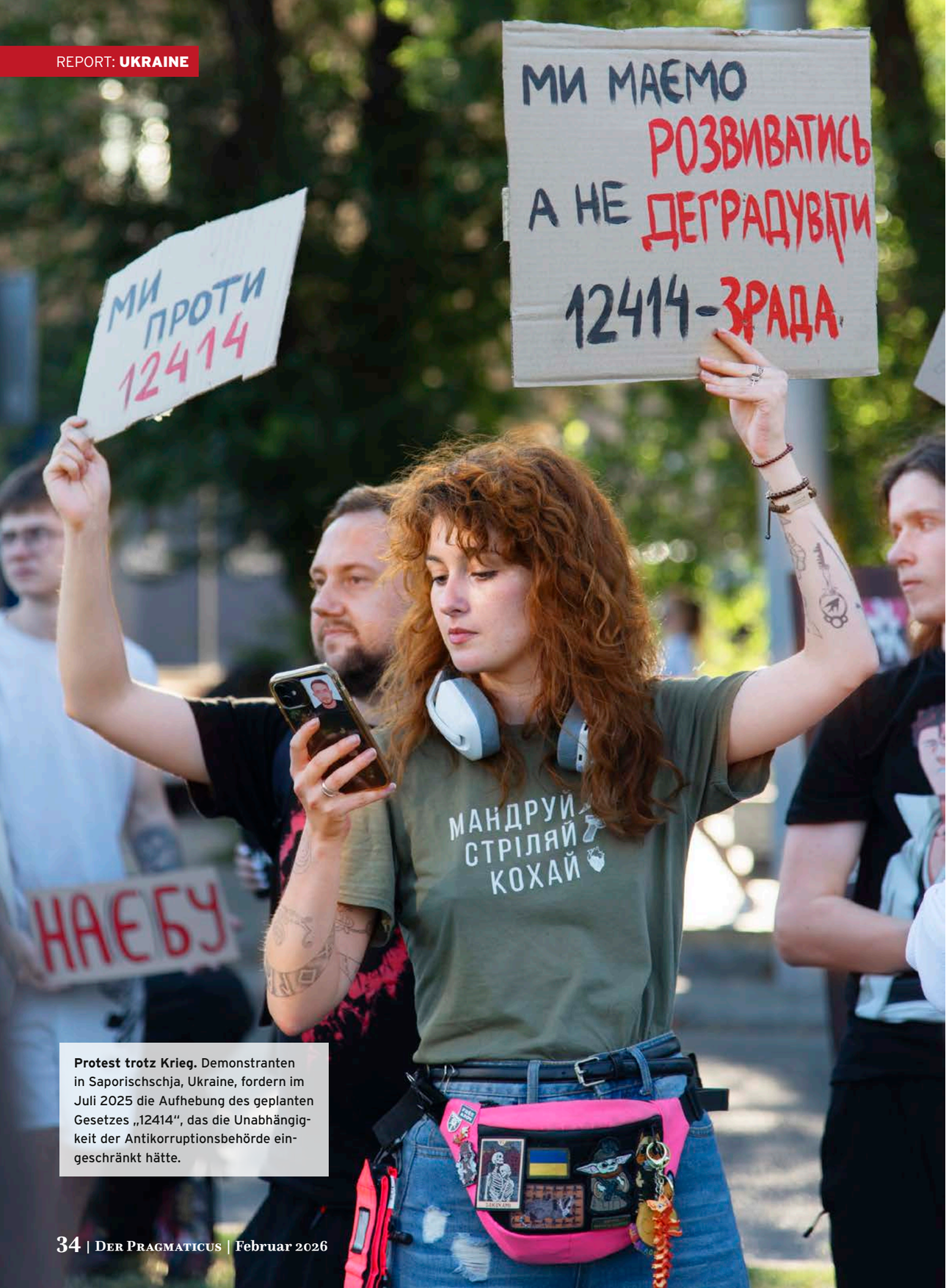



**Protest trotz Krieg.** Demonstranten in Saporischschja, Ukraine, fordern im Juli 2025 die Aufhebung des geplanten Gesetzes „12414", das die Unabhängigkeit der Antikorruptionsbehörde eingeschränkt hätte.



# Die Kämpfer und die Resignierten

**Freiheitsdrang.** Schon im 19. Jahrhundert erstarkte in der Ukraine eine breite Zivilgesellschaft, die Eigenstaatlichkeit und Demokratie hochhielt, erkämpfte und verteidigte. Warum Russland diesen Weg nicht gegangen ist, erklärt der Historiker **Martin Schulze Wessel**.



**Martin Schulze Wessel**

**LEHRT:**
Osteuropäische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

**SCHREIBT:**
über die Geschichte Russlands, der Ukraine und Europas. Sein Buch „Der Fluch des Imperiums" war für den Deutschen Sachbuchpreis nominiert. Jüngst erschien von ihm „Die übersehene Nation. Deutschland und die Ukraine seit dem 19. Jahrhundert" im Verlag C. H. Beck.

Es mag verwundern, dass die Ukraine und die Russische Föderation sich nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 so unterschiedlich entwickelt haben, basieren die Zivilgesellschaften beider Länder doch auf den Erfahrungen mit der Staatlichkeit des Zarenreichs und der Sowjetunion. Sind die Voraussetzungen nicht ähnlich?

Tatsächlich brachten die beiden Staaten aus der Zarenzeit vor der Revolution 1917 und aus der Sowjetepoche unterschiedliche Prägungen mit. Unter der Herrschaft derselben Obrigkeit – der zaristischen bzw. der sowjetischen – machte es einen entscheidenden Unterschied, ob man als Russe Teil der dominierenden ethnischen Gruppe des Zarenreichs war oder ob man als Ukrainer als randständig und, in der Zeit Stalins, zeitweise als gefährdendes Element für den Reichszusammenhalt galt.

Für die politischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts in Russland und der Ukraine lassen sich daher überschneidende und divergierende Stoßrichtungen ausmachen: Gemeinsam war den liberalen und sozialistischen Bewegungen der Russen und der Ukrainer im Zarenreich eine kritische Einstellung gegenüber der Obrigkeit. Tendenziell unterschiedlich waren jedoch die Haltungen zum Staatsaufbau: Nur in der Ukraine entstand ein prononciert föderalistisches Denken, das die starke Position des Zentrums überwinden wollte.

Die ukrainische Zivilgesellschaft entwickelte sich seit dem späten 19. Jahrhundert aus einer breiten nationalen Bewegung, die weit über intellektuelle Eliten hinausreichte. Schon früh ➤



**„Die zwei Staaten brachten aus der Zarenzeit und der Sowjetepoche unterschiedliche Prägungen mit."**

FOTO: GETTY IMAGES; PORTRÄT-ILLUSTRATION: ANDREASLEITNER.COM



verband sie nationale Selbstbehauptung mit demokratischen Vorstellungen.

Diese Verbindung erwies sich nach der Unabhängigkeit 1991 als zentral: Es bestand breiter gesellschaftlicher Konsens darüber, dass die Ukraine ein demokratischer Nationalstaat sein sollte. Damit war eine wichtige Grundlage für zivilgesellschaftliches Engagement gelegt.

### Vielfalt als Ressource

Der positive Umgang mit Vielfalt war ein prägendes Merkmal der ukrainischen politischen Kultur nach 1991. Spezifische historische Erfahrungen – etwa jene der Regionen, die zum Russischen Kaiserreich gehört hatten, im Unterschied zu denen, die unter habsburgischer Herrschaft gestanden waren – hatten unterschiedliche politische Kulturen hervorgebracht. Diese Vielfalt wurde in der Ukraine nicht als Bedrohung, sondern als Normalität verstanden. Politisch bedeutete dies, dass keine gesellschaftliche Gruppe dauerhaft ausgeschlossen war. Wahlverlierer konnten auf regionale Rückzugsräume setzen und mussten nicht um ihre politische Existenz fürchten. Dies förderte die Akzeptanz demokratischer Spielregeln und stabilisierte die Zivilgesellschaft.

Bereits in den 1990er-Jahren entwickelte sich in der Ukraine zudem eine aktive Protestkultur, die autoritäre Tendenzen einhegte. Sie knüpfte an historische Erfahrungen kollektiver Mobilisierung an, etwa die Menschenkette von 1991, mit der für die Unabhängigkeit demonstriert worden war. Diese Erinnerung wirkte identitätsstiftend und mobilisierend.

Ein entscheidender Einschnitt war die Protestbewegung „Ukraine ohne Kutschma“ von November 2000 bis Mai 2001, ausgelöst durch den Mord am Journalisten Heorhij Gongadse und die Enthüllungen über den Machtmissbrauch des Präsidenten Leonid Kutschma. Die Bewegung vereinte Studierende, Journalisten, Parteien und Aktivisten unterschiedlichster politischer Richtungen. Charakteristisch war die kreative und dauerhafte Besetzung des öffentlichen Raums, insbesondere des Maidan in Kyjiw. Protest wurde durch diese Bewegung zur alltäglichen Praxis politischer Teilhabe und setzte sich 2004 mit der Orangenen Revolution fort, als massive Wahlfälschungen Millionen von Ukrainern mobilisierten.

Diese Zivilgesellschaft erwies sich als stark genug, einen friedlichen Machtwechsel zu erzwingen. Zugleich begrenzte der Regionalismus die Eskalation politischer Konflikte: Der unterlegene Kandidat Wiktor Janukowytsch blieb politisch relevant und kehrte später sogar an die Macht zurück. Dies zeigt, dass Protest in der Ukraine nicht auf Ausschluss, sondern auf Korrektur zielte. Die dritte und entscheidende Phase bildete der „Euro-Maidan“ im Winter 2013/14. Dieser Protest war breiter, sozial vielfältiger und landesweit verankert. Auslöser war die Abkehr Wiktor Janukowytschs vom Assoziierungsabkommen mit der EU, die als symbolische Abkehr von westlichen Werten verstanden wurde. Die Zivilgesellschaft reagierte mit anhaltendem, selbstorganisiertem Protest. Trotz staatlicher Gewalt und zahlreicher Todesopfer setzte sich die Bewegung durch. Der Maidan vollendete eine demokratische Revolution, indem diese den Staat nachträglich durch den Volkswillen legitimierte.

Insgesamt zeichnet sich die ukrainische Zivilgesellschaft durch Mobilisierungsfähigkeit, historische Kontinuität, regionale Vielfalt und demokratische Zielorientierung aus. Protest ist ein legitimes, wirksames Mittel politischer Einflussnahme geblieben.



### Russland: am Anfang ein Ende

Russland nahm einen anderen Verlauf: Der Zerfall der Sowjetunion stellte für viele Russinnen und Russen kein nationales Befreiungserlebnis dar, sondern ein Trauma. Es fehlte eine positive nationale Agenda für einen demokratischen Nationalstaat. Die Unabhängigkeit Russlands war nicht Ergebnis einer breiten Willensbildung, sondern politischer Eliten-Entscheidungen. Entsprechend schwach war das Bewusstsein der Bevölkerung, selbst Träger eines neuen Staates zu sein.

Historisch prägte Russland eine imperiale Identität, in der sich Nation und Reich überlagerten. Der Verlust des Imperiums führte daher nicht zu einer klaren Neudefinition, sondern zu Verunsicherung und Ressentiments. Viele sahen sich weiterhin als Angehörige einer Großmacht, nicht als Bürger eines begrenzten Nationalstaates. Diese Haltung schwächte die Herausbildung einer aktiven und verantwortungsbewussten Zivilgesellschaft.

In den 1990er-Jahren zeigte sich dies deutlich im Umgang mit politischen Krisen. Als Präsident Boris Jelzin 1993 das Parlament mit Panzern beschießen ließ, blieb massenhafter Widerstand aus. Auch Wahlmanipulationen wurden weitgehend hingenommen. Proteste existierten zwar, erreichten aber nicht die Breite und Dauerhaftigkeit wie in der Ukraine.

Unter Wladimir Putin verschärfte sich diese Entwicklung. Zwar stiegen zu Beginn, begünstigt durch eine wirtschaftliche Erholung, Putins Zustimmungswerte, doch beruhte seine Macht zunehmend auf den Sicherheitsapparaten und der Einschränkung politischer Freiräume. Medien, NGOs und oppositionelle ➤




## Der Westen und die Ukraine

### Zerfall mit Gewalt

Die Lage im August 1991, als die Ukraine ihre Unabhängigkeit erklärte, war prekär. Anfang des Jahres, als Litauen sich als erste Sowjetrepublik nach einer Volksabstimmung als eigenständiger demokratischer Staat neu gründete, hatte der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow Panzer auffahren und auf die Bürger Litauens schießen lassen. Die Ukraine hatte schon im Oktober 1990 mit der „Revolution auf Granit“ (Bild oben) ihren Wunsch nach Demokratie und Unabhängigkeit deutlich gemacht, wurde aber ignoriert. Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl sah sie auch nach der Unabhängigkeit als das „Eingemachte“ der Sowjetunion. Den imperialen Ansprüchen Moskaus zu widersprechen, hätte die Wiedervereinigung torpediert. Auch die USA hatten kein Interesse: Der ukrainische Nationalismus sei „selbstmörderisch“, beschied US-Präsident George Bush, dessen Augenmerk auf dem am 17. Jänner 1991 begonnenen Irakkrieg lag. Die „Westbindung“ der Ukraine war unerwünscht. Anders als Polen und die baltischen Staaten, die bald zur NATO kamen, stand sie nach 1991 relativ schutzlos da.

FOTOS: GETTY IMAGES

### Moskautreu

Ebenso ruhig blieb der Westen in Bezug auf den autoritären Umbau in Russland: 1991 waren die westlichen Mächte darauf bedacht, die Stabilität der Region und die neue Ost/West-Grenze durch die Wiedervereinigung nicht zu gefährden.

Bild oben: Proteste für das Recht auf Versammlungsfreiheit am 31. Dezember 2010 in Moskau. Die Ziffer „31“ steht für den entsprechenden Artikel in der russischen Verfassung. Versammlungsfreiheit gibt es in Russland heute de facto nicht mehr.

### Und heute?

2026 kann die Ukraine auf 35 Jahre Unabhängigkeit zurückblicken. Ihre staatliche Souveränität ist bis heute in Frage gestellt. Bild: Als US-Präsident George Bush im August 1991 die Ukraine besucht, fragt diese Demonstrantin: „Und du! Würdest du in den Kerker der UdSSR zurückkehren?“ Mit den Jahresdaten 1929 und 1933 erinnert dieses Transparent an die stalinistische Zwangskollektivierung und die darauf folgende Aushungerung, Holodomor, die als gezielter Versuch der Vernichtung der ukrainischen Bevölkerung gilt.

> „Protest führte in Russland nicht zu Demokratisierung, sondern letztlich zu Repression."



Akteure wurden systematisch marginalisiert. Politische Vielfalt blieb weitgehend eine Simulation in Form sogenannter Systemopposition.

Aufschlussreich ist ein Vergleich der Reaktionen auf politische Morde. Die Ermordung der Journalistin Anna Politkowskaja am 7. Oktober 2006 oder des Politikers Boris Nemzow am 27. Februar 2015 lösten Betroffenheit aus, führten aber nicht zu nachhaltiger Mobilisierung. Die russische Zivilgesellschaft war nicht in der Lage, aus der Empörung kollektive politische Kraft zu entwickeln.

### Ein Fünkchen Widerstand

Ein Wendepunkt schienen kurzfristig die Proteste von 2011/12 gegen Wahlfälschungen zu sein. Hunderttausende demonstrierten landesweit, forderten freie Wahlen und ein Ende der Machtkonzentration. Ähnlich wie in der Ukraine vereinte die Bewegung unterschiedliche politische Lager. Doch der Protest führte in Russland nicht zu Demokratisierung, sondern letztlich zu verstärkter Repression. Der Staat reagierte mit neuen Kontrollinstrumenten, ideologischer Abgrenzung vom Westen und dem Ausbau eines autoritären Systems.

Nach 2012 wurde der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft weiter eingeschränkt, etwa durch das „Agentengesetz", das NGOs diskreditierte und kriminalisierte. Proteste – etwa gegen Korruption oder für regionale Autonomie – blieben punktuell und konnten sich nicht institutionalisieren. Mit dem Krieg gegen die Ukraine wurde die zivilgesellschaftliche Entwicklung vorerst gewaltsam unterbrochen. Insgesamt ist die russische Zivilgesellschaft durch Schwäche, Fragmentierung und staatliche Kontrolle gekennzeichnet.

Bis zur russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 hatte auch in Russland politischer Protest existiert, mit dem Beginn des umfassenden Kriegs wurde er vom Regime aber immer konsequenter unterdrückt. Während in der Ukraine selbst unter Kriegsbedingungen Proteste – etwa gegen die von der Regierung angestrebte Entmachtung der ukrainischen Antikorruptionsbehörden – stattfanden und ihre Ziele erreichten, entwickelte sich Russland in Richtung einer totalitären Diktatur, die der Zivilgesellschaft keinen Freiraum mehr lässt.

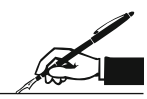
### Was Demokratie stark macht

Der Vergleich zeigt somit zwei entgegengesetzte Entwicklungen: Während sich in der Ukraine eine robuste, pluralistische und protestfähige Zivilgesellschaft herausgebildet hat, blieb die russische Zivilgesellschaft politisch marginalisiert. Entscheidend sind dabei die unterschiedlichen nationalen Selbstverständnisse, der Umgang mit Vielfalt und die unterschiedlich ausgeprägte Fähigkeit, Protest in demokratische Institutionen zu überführen. Diese Unterschiede erklären maßgeblich, warum die Ukraine demokratische Krisen überwinden konnte, während Russland in den Autoritarismus abglitt.

Eine weitere Differenz ist mit dem Krieg verbunden: In der Präsidentschaft Putins gehen kriegerische Aggression und autoritäre Entwicklung im Inneren Hand in Hand. Die Kriege gegen Tschetschenien, Georgien und dann die Ukraine trieben die Transformation Russlands zur autoritären bzw. totalitären Diktatur voran.

Der Krieg ist auch für die ukrainische Zivilgesellschaft eine schwere Hypothek. Dennoch erweist sie sich bis jetzt als stark genug, liberale und demokratische Grundprinzipien zu verteidigen.

## CONCLUSIO Fakten. Verstehen. Handeln.



- **Stark.** Die Ukrainer und Ukrainerinnen haben ihren Staat anders als die Russen erkämpft. Wiederkehrende Protestbewegungen festigten den ausgeprägten Demokratiewillen der ukrainischen Zivilgesellschaft, die schnell auf Missstände reagiert.
- **Schwach.** In Russland konnte sich keine ähnlich starke Zivilgesellschaft entwickeln, zumal die Identifikation mit dem neuen Staat „Russländische Föderation" nur gering ausgeprägt ist. Proteste sind nun fast vollständig unterdrückt.
- **Krieg.** Der Autoritarismus Putins und der Krieg gegen die Ukraine stehen in engem Zusammenhang. Der Krieg richtet sich gegen die Ukraine als Demokratie; er festigt und legitimiert die Unterdrückung der Zivilgesellschaft in Russland.